

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbach, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Plumbach & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1411. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1918, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postanstalten Viertelj. 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7gepostete Solomiseile 25 Pf., Anzeigen von auswärtig 35 Pf., im Restamtzeit Seite 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 204.

Magdeburg, Sonnabend den 1. September 1917.

28. Jahrgang.

## Los vom Reichstag.

Jener Teil der deutschen Presse, der unausgesetzt den neuen Reichskanzler als seinen Mann feiert, gefällt sich seit dem 19. Juli in einer fortgesetzt sich steigenden Heize gegen den Reichstag. Dieselben unwürdigen Methoden, die seinerzeit gegen Bethmann-Hollweg angewendet wurden, weil er nicht ganz so wollte wie die Mitteldeutschen, werden jetzt gegen den Deutschen Reichstag geübt. Es gibt keine Herabwürdigung, die ihm nicht zuteil würde, keine Verdächtigung, die nicht gegen ihn geschleudert würde. Haben wir doch in der letzten Zeit öfters lesen müssen, die Mehrheit der deutschen Volksvertretung stehe nicht im Dienste deutscher Volksinteressen, sondern im Dienste Englands.

Die konservative Presse spricht von der Reichstagsmehrheit, hinter der nach der Wahlstatistik gut zwei Drittel des deutschen Volkes stehen, immer nur als von der „jogennannten Mehrheit“ und will dadurch den Anschein erregen, als stünde die Masse des deutschen Volkes nicht hinter der Reichstagsmehrheit, sondern hinter ihr. Die Frage wäre wohl erlaubt, warum die Herren, die so tun, als hätten sie ein Mandat des ganzen deutschen Volkes in der Tasche, so fanatische Gegner des Reichstagswahlrechts sind! Sie sagen immer: „Wir sind das Volk!“ in Wirklichkeit

wie der Teufel das Weihwasser. Dafür ist eben jetzt wieder die Probe auf das Exempel gemacht worden.

Aus dem Gerede der „Deutschen Tageszeitung“ über die „jogennannte Reichstagsmehrheit“ hatte der „Vorwärts“ geschlossen, daß die Konservativen eine Auflösung des Reichstags und Neuwahlen noch während des Krieges wünschten. Dies wäre ja die einzig mögliche Probe, um festzustellen, auf wessen Seite die Mehrheit des deutschen Volkes wirklich steht. Der „Vorwärts“ versprach, die Parole der Auflösung zu der Zeit zu machen und die Vornahme von Neuwahlen kräftig zu fördern. Dieses Experiment hat den erwarteten Erfolg gehabt. Die „Deutsche

Tageszeitung“ kniekt sofort und erklärt, so wäre es nicht gemeint. Sie fühlt sich eben berufen, den Willen des Volkes zu repräsentieren ohne jede Abstimmung. Darum will sie auch die Schlußfolgerung des „Vorwärts“ nicht anerkennen: wenn jetzt ein neuer Reichstag nicht gewählt werde, müsse man eben die Autorität des alten gelten lassen. Das Wort „Autorität des Reichstags“ ruft ihr förmliches Hohngelächter hervor, und sie meint, daß mit ihm schon die Grenze überschritten sei, jenseits derer das Komische beginnt. Ja, sie findet den Ausdruck „Autorität des Reichstags“ geradezu grotesk!

Die Ueberhebung einer hochmütigen Minderheit gegenüber den verfassungsmäßigen Einrichtungen des Reiches kommt in solchem Hohngelächter sinnfällig zum Ausdruck.

Während das Organ des Bundes der Landwirte über den Ausdruck „Autorität des Reichstags“ wüthet, veröffentlicht das Berliner Organ der Schwerindustrie, die „Deutsche Zeitung“, einen Artikel, der ihr von „hochgestellter juristischer Seite“ zugeht, in dem klipp und klar bewiesen wird, daß der Reichstag in den Lebensfragen des deutschen Volkes überhaupt keine Meinung zu haben habe. Unter der vordringenden Ueberschrift „Los vom Reichstag“ führt der Jurist der Schwerindustrie aus, daß der Kaiser ohne jede Beeinflussung durch den Reichstag tun und lassen könne, was er wolle, da er eriens oberster Heerführer sei und zweitens allein das Recht habe, Frieden zu schließen. In diesem Sinne verlangt er von der Regierung, daß die Reichstagsmehrheit endlich hinter die Schranken gemiesen wird, hinter die sie von Gottes und Rechts wegen gehört!

So also ist es von jener Seite gemeint! Das Volk hat das Recht, für das Reich und für seine Verfassung, die es angeht, von allen wirklichen Rechten ausschließt, sein Blut in Strömen zu vergießen; es hat das Recht zu darben und

zu frieren, und seine Volksvertretung, der Deutsche Reichstag, hat das Recht, Hunderte von Milliarden aus den Taschen des deutschen Volkes zu bewilligen — aber was aus alledem werden soll, wann und wie all dieses Entsetzliche enden soll, darüber mit zu bestimmen, hat das deutsche Volk und seine Vertretung nicht das geringste Recht.

Ein Reich, das so beschaffen wäre, wie die hochgestellte juristische Seite in der „Deutschen Zeitung“ es darstellt, würde nicht verdienen, von Millionen mit Einsetzung ihres Lebtens verteidigt zu werden, sondern es würde verdienen, zugrunde zu gehen.

Und dann üben diejenigen, die dem Volk und seiner Vertretung ihre angebliche vollkommene Macht- und Bedeutungslosigkeit hohnvoll vor Augen führen, ein Verbrechen an der deutschen Reichsverteidigung.

Gegenüber dem Spott der Agrarier und der Schwerindustriellen muß erst recht betont werden, daß der Reichstag eine Autorität ist und eine solche bleiben muß. Er ist eine Autorität, nicht geringer als irgendeine andre, die im Deutschen Reiche besteht. Er hat vor allen andern das eine voraus, daß er vom Volke selbst nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheime Wahlrecht gewählt ist und die moralische Macht des Volkswillens in sich verkörpert. Wer sich an ihm vergreift, der vergreift sich an dem deutschen Volke.

Für den neuen Reichskanzler ist es aber ein unerträglicher Zustand, daß er fortgesetzt von Leuten als Parteigänger in Anspruch genommen wird, die den innern Frieden in der frivoelsten Weise gefährden und in Wirklichkeit nichts andres als die Anarchie predigen. Denn das Beiseiteschieben des Reichstags wäre ein Stück Anarchie, denn das übrige von selbst folgen müßte. Der Reichstag kann unter solchen Umständen nur nach dem Sahe handeln: Wer nicht für mich ist, ist wider mich. Ist der neue Reichskanzler nun für den Reichstag oder ist er es nicht? —

## Fabrik-Absoolutismus.

Die Nationen Europas geben sich eine neue Verfassung. Das absolutistische System weicht der Selbstregierung der Völker. Selbst der Konstitutionalismus, dieses ein Jahrhundert lang geübte Kompromiß zwischen Absolutismus und Demokratie, genügt dem Selbstbewußtsein und dem Lebensbedürfnis der Völker nicht mehr.

Indessen geht es nicht nur um Nationen bei der allgemeinen Errettung der Welt, sondern auch um die Klassen. Die Arbeiterklasse insbesondere in im Kriege in allen Ländern ein gutes Stück auf dem Wege zu ihrer Emanzipation vorwärts geschritten.

Die Arbeiterklasse war bei der Entstehung des Absolutismus, bei der Begründung des Fabrikwesens zunächst in den Zustand völliger Rechtlosigkeit geraten. Der Fabrik-eigentümer war der absolute Herrscher über seine Sklaven und besaß im wirtschaftlichen Sinne das Recht über Leben und Tod. Nicht nur kümmerte sich die Staatsgewalt um die Behandlung der Arbeiterklasse und ihre Entlohnung gar nicht — der Mandatgeberliberalismus vertrat die volle Freiheit des Arbeitsvertrags und die Nichteinmischung der Staatsgewalt in die Privatwirtschaft — der kapitalistische Ausbeuter besaß auch das Recht, nach Belieben ohne Rücksicht und ohne Berufung, den Arbeiter jede Stunde auf das Pfahle zu werfen und ihn dadurch allenfalls dem Hungertod preiszugeben.

Das ist der Absolutismus in der Fabrik und die brutale Gewalt des einzelnen Besitzenden über Hunderte und Tausende von Besitzlosen, eine Allmacht, die die Unterwerfung mit dem Begriff

„Herr im eignen Hause“

sehr wohlklingend umschreibt. Das Wort Herr im eignen Hause bezeichnet hier Herrschaft über zahlreiche Existenzen, über fremde Familien, über Weib und Kind anderer, Herrschaft über das Haus des andern. Selbst die absolute Macht

des Zaren hat niemals so unmittelbar und so handgreiflich das Leben und das Wohl seiner Untertanen eriaßt, wie der Fabrikabsolutismus die ihm gehörige Arbeiterklasse.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse ist das einzig zuverlässige Mittel, um diese Herrschaft zu mildern. Zu den Kämpfen eines Jahrhunderts haben die Gewerkschaften, die man selbst in England Anfangs als Anführer und Verächter behandelte, ihr Dasein erkaufen und ihre segensvolle Wirkung für die Allgemeinheit erwiesen. Sie haben in die Rechtslosigkeit der Fabrik Recht gebracht, die Anarchie des Lohnverhältnisses ersetzt durch die Ordnung der Kollektivverträge, die Willkür für freier Entlassung gemildert durch Tarifamt und Gewerbegericht.

Im einzelnen heßt sich die Aenderung in der Fabrik so dar, daß mit dem Unternehmer im gewöhnlichen Laufe der Dinge der freigewählte Vertrauensmann der Werkstätte oder der Fabrikansicht für alle Vertretungen und in umfangreichen Lohnverträgen, die freigewählte berufliche Vertretung, die gewerkschaftliche Organisation, verhandelt.

Der Vergleich mit staatlichen Institutionen liegt nahe! Hat sich die mit historischem Glanz und mit dem Nimbus göttlicher Sendung bekleidete Monarchie im Staate die Vertretung und Kontrolle der Volksvertretung gefallen lassen müssen, so ist wirklich nicht einzusehen, warum der auf dem Zufall des Privatvermögens jugende, ansatzlos auf keine privaten Interessen bedachte Kapitalist nicht die Vertretung der von ihm ausgebeuteten Arbeiterklasse anerkennen soll.

Unternehmer von Vorstand und Herz haben über lange dieses Recht der Arbeiterklasse zugestanden und mit dem Schlagwort

„die konstitutionelle Fabrik“

bezeichnet. Bei aller Leidenschaft, die die arbeitenden

Klassen für die politische Demokratie fühlen, empfinden sie doch die wirtschaftliche Demokratie als nächstliegende und dringende Forderung, denn sie berührt ihr Dasein, ihr individuelles Wohlergehen und ihre persönliche Ehre Tag für Tag. Unleichtlich und auch unbeständig ist für sie ein Zustand, bei dem sie in den höchsten Dingen des menschlichen Gemeinweins, in den Angelegenheiten des Staates, als freie und gleiche Staatsbürger mitentscheiden, während sie aus Rücksicht auf das Privatinteresse von Privatleuten durch die Stunden ihrer täglichen Arbeit als willenlose Hörige behandelt sein sollen. Jedermann versteht, daß hierbei nicht die technische Gestaltung des Arbeitsprozesses, die Ordnung der Erzeugung selbst und die Arbeitsdisziplin in Frage steht; es handelt sich vielmehr um menschenwürdige Behandlung, um die Gegenverpflichtungen des Unternehmers, für die der Arbeiter sein Bestes, seine Arbeitskraft, hingibt.

Für die Kenner unserer sozialen Gesetzgebung scheint es beinahe überflüssig und unangebracht, von diesen Dingen noch zu reden; die Gewerkschaften sind ja rechtlich anerkannt, der Arbeiter hat ja das Koalitionsrecht, die Arbeiter jeder Werkstätte haben das Recht, Versammlungen abzuhalten und Vertrauensmänner zu wählen, und so fort. Nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes ist die Frage entschieden, die Ausübung dieser Rechte ist auch geltende Praxis. Jene Unternehmer, die gewöhnliche Sterbliche sind, haben sich mit dem Gedanken der Organisation der Arbeiterklasse längst befreundet, besprechen sich beinahe grundtätig nur mit dem Vertrauensmann und dem Fabrikansicht, sowie mit dem Sekretär der zuständigen Gewerkschaft. Für sie ist die konstitutionelle Fabrik einfach gegebene Tatsache. Sie schließen auch Tarifverträge, erkennen den kollektiven Arbeitsvertrag an und fühlen sich zumeist dabei recht wohl. Garantiert doch diese Konstitution den ungehörten Arbeitsprozeß und die Stetigkeit der Arbeitsbedingungen

durch Jahre, erlöst den Unternehmer von dem immer wiederholten Vergernis der Einzelbeschwerden und der unerschütterlichen Ausdrücke des Unwillens einzelner.

Ja, diese Konstitution tut ihm den gleichen Dienst wie die Verfassung dem konstitutionellen Herrscher: sie

### kontrolliert und verbessert die Bureaucratie.

Jeder Großbetrieb arbeitet heute mit einer oft komplizierten Fabrikbureaucratie, die wie jede Bureaucratie die Tendenz hat, in die Breite zu wuchern und sich nach oben wie nach unten zu verfestigen. Betriebe, die des Kontrollapparats der Vertrauensmänner entbehren oder die sich eine sogenannte gelbe Organisation beigelegt haben, entarten langsam sowohl in der Technik des Arbeitsprozesses wie administrativ. Davon wären einige kennzeichnende und heilsame Beispiele zu geben, wie sich der Herrenstandpunkt des Großindustriellen allmählich in eine Diktatur der Werkmeister umbringt und wie die Unkosten der absolutistischen Fabrikbureaucratie mit ihrem System von Demunziation und Unterscheiden zum Schluß noch das übersteigende, was eine Lohnregulierung gekostet hätte, die sich doch wieder in der Arbeitsleistung bezahlt macht.

Der Luxus des Absolutismus kostet Geld! Nicht nur im Staat, auch in der Fabrik ist der Absolutismus am Ende das korrupteste, kostspieligste und unergiebigste Verwaltungssystem. Auch das ist ein Grund, warum sich einsichtige Unternehmer, die ihren eignen Betrieb noch persönlich überblicken, am Ende gern mit der gewerkschaftlichen Regelung der Lohnverhältnisse abgefunden haben.

Nur zwei Arten von Unternehmungen widerstreben

heute noch einer vernünftigen, zeitgemäßen und würdigen Ordnung der Arbeit. Da sind erstens die

### Magnaten des Kapitals,

denen der Zufall der Geburt oder andre Glücksstände so gewaltige Vermögensmassen anvertraut haben, daß sie außerstande sind, die innere Ordnung ihrer Betriebe persönlich zu überwachen oder auch nur zu durchschauen. Ihr durch Millionenbesitz geübtes Selbstbewußtsein verführt sie, sich einer von jedem Verantwortlichkeit- oder Menschlichkeitsgefühl ungetrübten Herrenideologie hinzugeben. Da sie sich nicht vorstellen können, daß Menschen und ein mit Menschen arbeitender Betrieb durch Verstand und guten Willen regiert werden könnte — Zugenden, an denen es gebricht —, geben sie sich dem Wahne hin, Massen ließen sich überhaupt nur mit dem Mittel des stummen Gehorsams niederhalten. In diesem wirtschaftlichen Bärenwahn bestärkt sie vor allem ihre hohe Bureaucratie selbst, der es bequem ist, joldes dem Herrn einzureden, die sich mit der Tatkraft des Gehaltnehmenden dem Herrn am besten zu empfehlen glaubt und dabei noch alle lästige Kontrolle eigener Unregelmäßigkeiten und Ungenügslichkeiten zu bemanteln hofft. Wenn Raum dazu wäre, ließe sich leicht an Beispielen zeigen, daß jeder dieser herrschaftlichen Betriebe seine Mehreres und Neues hat.

Dies die eine Art.

Die andre Art solcher Herrenbetriebe entsteht durch die

### großen Aktiengesellschaften.

Der Aktionär ist der Arbeitsstätte völlig fremd, er fühlt für die Arbeiterschaft seines Betriebs nicht die geringste Verantwortung und überläßt sie einer Bureaucratie, die der

Verwaltungsrat einsetzt. Der Aktionär erwartet von den Verwaltern seines Vermögens nichts als den ruhigen Betrieb und hohe Verzinsung. Hier ist die Fabrikbureaucratie selbst durch die ganze Einrichtung der Unternehmung verfestigt und der Arbeiter des Betriebs steht einer anonymen, überpersönlichen, nicht mehr greifbaren Gewalt gegenüber. Viel hängt bei dieser Gestaltung des Arbeitsverhältnisses allerdings von der Individualität der leitenden Direktoren ab und in einigen, auch in sehr namhaften Betrieben dieser Art, ist das Verständnis der Leitung den Gewerkschaften auf halbem Wege entgegengekommen. Es gibt sogar vereinzelte Musteranstalten dieser Art. Zu ihnen zählen jedoch die Großbetriebe unserer Schwerindustrie keineswegs.

Und so herrscht denn bei uns der Absolutismus der Fabrik in ganzen großen Industriezweigen. Er hat dort ständig gärende Unruhe, schleichende Empörung und gefährliche soziale Beunruhigung hervorgerufen. Diese Betriebe sind es, in denen die Staatsgewalt mit großen Anstrengungen um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu ringen hat, aus diesen Revieren kommt eine Stöbspitze nach der andern und verbreitet die Aufregung über die Arbeiterschaft des ganzen Reiches. Sie sind

### offene Wunden an dem sozialen Körper

des Staates und es ist hohe Zeit, daß diese Wunden geschlossen werden. Niemand kann ihrer Heilung widerstreben, auch kein verständiger Unternehmer, denn es ist nicht abzusehen, daß das, was für neun Zehntel der Unternehmungerschaft geltendes Recht und anerkannte Praxis ist, nicht auch für das letzte Zehntel, für jene Kapitalismagnaten gemeinsames Recht werden soll.

# Was der Krieg bringt.

## Neue italienische Massenfürme.

Der österreichische Heeresbericht vom Donnerstag meldet:

Der große Massengang am Jonio wurde auch gestern mit höchster Erbitterung fortgeführt. Der Haß der Verteidiger widerstand jeglichem den schwersten Anstößen. Im Kampfe südlich von Val brachen in den Morgenstunden zwei starke italienische Angriffe zusammen. Bei Pobilje, Radoni und Britof warf der Feind den ganzen Tag über bis in die späte Nacht hinan wiederholt neue Massen gegen unsere Stellungen. Alle Angriffe prallten an der zähen Standhaftigkeit unserer Truppen ab.

In den vielen Kampfmitteln, mit deren Hilfe der Feind unsere Widerstand niederzubrechen versuchte, trat gestern ein neues, in diesem Gebiete kaum erwartetes. Deutlich von Britof aus italienische Kavallerie gegen unsere Stellungen an. Sie wurde von Kavalleriegeschwadern empfangen und vernichtet.

Für die heldenhaftesten Kämpfer am dem Monte San Gabriele kämpfte der 2. August abermals heisse Stunden. Immer wieder ließ der Feind gegen das Bollwerk Sturm. Gegen Abend gelang es ihm, am Nordhang in unsere Stützpunkte einzudringen. Auch Entschloß der Dablichkeit schritten in schweren Reihen unsere Truppen zum Gegenstoß. Neue Kämpfe tobte mit regelloser Flucht der Italiener.

Am 5. August, dem 3. September, ließ der Druck des feindlichen Heeres nach und nach. Wara am Samstag nur Einzelangriffe abgefragt, so ging der Gegner nachmittags nach mehrfachen Zusammenstoßen zurück zu einem allgemeinen, breit angelegten Rückzug über. Wieder fand sich das Geschick von San Matteo im Verlaufe der Kämpfe. Mit Bajonetten und Handgranaten wurde hier wie überall zwischen St. Eudemia und Scarsa die erste Linie bekämpft. Bei Scarsa waren jedoch unsere Truppen auch einem erheblichen Rückzuge auf den Gegner etwas vor.

Neben andern Truppen fanden in den jüngsten Kämpfen auch Abteilungen der Regimenter 10 (Fregata) und 48 (Kavallerie) Gelegenheit, sich besonders hervorzutun. Die heftigen Kämpfe des Feindes und ungenügsamlich waren. Die Zahl der seit Beginn der ersten Schlacht eingeleiteten Gefangenen ist auf mehr als 10 000 gestiegen.

Triest wurde vormittags zum zweitenmal, heute früh zum drittenmal innerhalb 48 Stunden von feindlichen Flugzeugen bombardiert. Den Angreifern fielen mehrere Eisenbahnen zum Opfer; mehrere Privatgebäude wurden beschädigt.

## 24000 Sonnen.

Am 11. August tritt der deutsche Admiralitätsrat mit:

In Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote innerhalb 48 Stunden von feindlichen Flugzeugen bombardiert. Unter den verletzten Schiffen besonders sich die englischen Dampfer "Wesoh", "Wesoh", "Wesoh" und "Wesoh", mit 24000 Sonnen.

## Der Seefrieg.

Englische Angaben über den U-Boot-Krieg. Das Schicksal des deutschen U-Bootes "Graf Zeppelin" ist am 15. September durch U-Boote zerstört worden. Das Boot wurde mit 24000 Sonnen. Die Anzahl der zerstörten englischen U-Boote ist auf 100 gestiegen.

Verlekt. Die das Ministerium des Äußern meldet, daß die dänischen Dampfer "Aurora" und "Anna", beide mit Kohlen von England nach Dänemark unterwegs, am 27. August in der Nordsee verlekt worden. Ein jedem der Dampfer ist ein Mann an Bord. Der russische Dampfer "Trigg" ist nach einer Seemannschaftsmeldung aus London am 26. August im Englischen Kanal verlekt worden. Die Besatzung des Schiffes wurde gerettet.

## Was wird mit Polen?

Der polnische Staatsrat ist zurückgetreten. Die demokratischen Elemente hatten schon vorher ihre Komit niedergelegt. Die letzten, die ausgeharrt hatten, die polnischen Konservativen, sind nun auch müde geworden, länger zu warten, und haben abgedankt.

Eine U. S. -Note verurteilt die Verwaltung Polens werde dadurch nicht beeinträchtigt werden, da die Kommissionen weiterarbeiten wollten. Das mag richtig sein, aber deswegen bleibt der Vorfall einer polnischen Regierung in Polen doch hier bedauerlich. Man darf nicht übersehen, daß die Polen in den feindlichen Ländern, z. B. in England, wiederholt den Pariser Staatsrat als einzige zuständige polnische Regierung anerkannt hatten, gegen deren Willen kein Volk die Waffen tragen dürfte. Jetzt ist für die Entente die Bahn frei, polnische Heere aufzustellen, die natürlich nicht überwältigend sein werden, und vielleicht auch eine eigene polnische Regierung mit dem Sitz in Paris oder Petersburg zu gründen.

Aber das ist schließlich nur eine momentane Verlegenheit. Die Hauptsache bleibt, wie sich denn Deutschland weiter zu Polen stellen soll. Die Alldeutschen sind mit ihrem Verzicht unangenehm bei der Hand. Sie sagen, die Polen hätten sich unangenehm gezeigt, und damit seien die Voraussetzungen des Abtes vom 5. November hinwiegend geworden; der polnische Staat dürfe nicht ins Leben treten. Oder wenn man ihn nicht ganz töten könne, müsse man ihn mit Gewalt wenigstens so weit niederdrücken wie irgend möglich. Der Vorsitzende des alldeutschen Verbandes, Reichswacht Ulrich, fordert, daß zwischen der Ostgrenze Deutschlands und dem neuen polnischen Reich und ebenso zwischen diesem und England eine Zone deutscher Militäranstalten geschaffen werde und daß auch Litzka im Norden Polens in deutscher Hand bleibe. Sei Polen in dieser Weise auf drei Seiten umringelt, dann werde es schließlich unerschütterlich für Deutschland sein.

Solche Pläne verdienen keine Erwähnung. Sie wären im 18. Jahrhundert vielleicht möglich gewesen, sind aber in der Gegenwart einfach unüberwindlich geworden. Mit bloßer Gewalt können sich heutzutage keine Konzessionen absetzen.

Das ist in Polen eingetreten ist, nur rotherzulegen. Der noch offenen Augen Friedrich Naumann's Wächler, Was wird aus Polen? gelehrt hat, daß vor einem Vierteljahr bei Georg Reimann beruhigend war, dem Parrie zwischen den Polen die Angst des Verfalls entgegen, Deutschland würde mit der Ermordung wirklicher Selbstregierung am die Polen so lange zögern, bis eine Wirkung damit nicht mehr erzielt werden konnte. Der polnische Staatsrat, der die Verantwortung einer Regierung tragen sollte und feierliche Beseitigungsbefehle hatte, schwelte in der Luft; er wurde unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Polen im absehbarer Zeit zusammenbrechen.

Kann ist die Notwendigkeit eingesehen, aber es ist nicht zu spät, noch jetzt den richtigen Weg einzuschlagen und Polen den Polen zu geben, jedoch das irgendwie die Notwendigkeit der deutschen Kriegführung gestattet. Den Polen muß gesagt werden, daß Deutschland wirklich keinmal Unterwerfung und Herrschaftserwerb hat, sondern ihnen nach dem Prinzip ganz der volle Freiheit geben wird.

Obwohl Deutschland in dieser Weise vor, so wird es schließlich auch mit der Hilfe Polens unüberwindlich. Damit müssen

wir uns ein für allemal abfinden. Solange in Russland der Zarismus herrscht, war noch eine geringe Möglichkeit, daß die Polen aus freien Stücken den Anschluss an Deutschland als das kleinere Übel wählten. Das republikanische Russland wird aller Wahrscheinlichkeit nach, auch wenn es seinen Fremdstämmigen nur ein bescheidenes Maß eignen nationalen Lebens gibt, auf die Polen eine viel stärkere Anziehungskraft ausüben. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Entente jederzeit den Polen Posen, Danzig, Breslau und Thorn versprechen kann, die Deutschland ihnen nicht geben kann und wird. Und die Wiedererrichtung des polnischen Staates als solcher scheint bei der heutzutage internationalen Lage auch dann gesichert, wenn wir sie nicht mit besonderer Leidenschaft betreiben.

So kann Deutschlands Streben nur auf das bescheidene Ziel gerichtet sein, die Feindseligkeit zwischen Deutschen und Polen durch Gerechtigkeit gegen die Polen im alten russischen Lande wie in unserem eignen Reich zu mildern, damit sie nicht für die Zukunft ein gefährlicher Störfaktor bleiben. Mehr ist in der polnischen Frage jetzt nicht zu erreichen. Es ist fraglich, ob viel mehr überhaupt dauernd zu gewinnen war.

## Die Londoner Sozialistenkonferenz.

Das neutliche Bureau gibt einen ausführlichen Bericht über die Sozialistenkonferenz der Arbeiter. Sie trat am Donnerstag morgen von neuem zusammen, wurde aber auf 1 Uhr mittags vertagt, um den beiden Kommissionen über die Stockholmer Konferenz und über die Kriegsziele Gelegenheit zu geben, ihre Berichte auszuarbeiten. Die französischen Mehrheits-Sozialisten lehnten die Vertagung in der ersten Kommission ab. Die Vertreter der englischen Gewerkschaften nahmen an der Debatte der Kommission und an der Auffstellung des Berichts nicht teil. Sie hatten vorher erklärt, daß die Frage der Teilnahme an der Stockholmer Konferenz der Entscheidung des Gewerkschafts-Kongresses überlassen werden müsse, der nächste Woche in Bradford tagt.

Verdichterleiter der Kommission für die Stockholmer Konferenz war Ramfah Radonah. Er trat dafür ein, daß alle Gruppen von sozialistischen und Arbeiter-Organisationen an der Stockholmer Konferenz teilnehmen sollten. Seitens der französischen Mehrheit wurde erklärt, daß, wenn sie sich auch der Abstimmung enthalten sollte, sie mit dem Protest gegen die Vertagung von Paris nach Stockholm einhergehen würden.

Der Bericht führte zu einer sehr lebhaften Diskussion, während verschiedene britische Delegierte die Konferenz verließen, um sich nach Bradford zu begeben. Hand man brachte einen Zusatzantrag ein, wonach die Konferenz erklären sollte, daß sie jede Besprechung mit Delegierten aus den feindlichen Ländern ablehne, solange Deutschland die besetzten Gebiete nicht geräumt hätte. Dieser Zusatzantrag wurde mit 55 gegen 4 Stimmen verworfen.

Die belgischen Vertreter protestierten entschieden gegen die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz. Da sich für den Bericht Radonahs keine Mehrheit fand, wurde er schließlich nur zur Kenntnisnahme genommen.

Der Bericht der Kommission über die Kriegsziele sagt nur, daß ein Mehrheitsbeschluss nicht zustande gekommen sei. Daraus wurde der Vorschlag angenommen, einen ständigen Ausschuss zur Vorbereitung einer neuen Sozialistenkonferenz einzusetzen.

Ein Entwurf an England, der am Schluß der Konferenz angenommen wurde, war der einzige Punkt, über den eine einstimmige Erklärung abgegeben wurde. Der Entwurf war, einen von den Delegierten, die die Vertagung verurteilten, wählte er sagte, nicht die geringste Aussicht auf eine Einigung zu bestehen.



# Bekanntmachung.

Ich habe vor kurzem erst eine

## Warnung an die Bevölkerung

erlassen, um sie vor den verhängnisvollen Folgen der

### landesverräterischen Machenschaften

von mit feindlichem Gelde bestochenen Agenten zu bewahren. Schon wieder aber kommt eine neue

## Bewegung

zu meiner Kenntnis, die angezettelt ist in Zürich, einem der Hauptstübe des feindlichen Agententums, und welche bezweckt,

### die deutsche Jugend zur Begehung von Kriegs- und Landesverrat zu verleiten.

Die feindliche Agitation unter den erwachsenen deutschen Arbeitern ist gecheitert an deren gesundem Geist, an ihrem politischen Verständnis für die Gründe, die unser Volk gezwungen haben und noch immer zwingen, sich gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen, die aus gemeinsamem Eigentum dem deutschen Volk seine wirtschaftliche Blüte rauben. Ferner ist die Ausichtslosigkeit, Deutschland militärisch und wirtschaftlich zu Boden zu werfen, von den Gegnern erkannt. Man versucht nun ein andres verzweifelt Mittel, den Sieg zu gewinnen, indem sie die innere Zersetzung, die Lahmlegung unsrer Verteidigungskraft durch die Revolutionierung der deutschen Jugend zu erreichen hoffen.

Auch die Frauen und Mädchen sollen sich nach der Absicht der Gegner an diesem ruchlosen Vorgehen beteiligen. Selbst die Soldaten werden zum Kriegsverrat aufgefordert. Ich weiß mich eins mit dem ganzen Volke, wenn ich einen

### Appell an die deutschen Mütter

richte, ihren ganzen Einfluss anzubieten, ihre Kinder vor dem Anheil zu bewahren, das ihnen bei Beteiligung an dem beabsichtigten Verbrechen droht. Weiset mit Absehen die Anforderung der Gegner von euch, eure Kinder zu verleiten, in dieser Zeit des letzten gewaltigen Endkampfes euren Männern, Brüdern und Söhnen an der Front durch Beteiligung an Unruhen und Streiks in den Rücken zu fallen.

So immer aber der Einfluß der Mütter nicht ausreichen sollte, und der Vater fern ist, um die Jugend von dem Verbrechen des Kriegs- und Landesverrats zurückzuhalten, da zieht besondere Männer eures Vertrauens oder die Obrigkeit zu Rate, um die schlimmsten Folgen für Leben und Zukunft eurer Kinder zu verhüten. Alle diejenigen aber, die trotz dieser Warnung sich an Unruhen und Arbeits einstellen, insbesondere an der Agitation hierfür durch

### Verteilen oder Vorzeigen von Aufrufen, Listen, Zetteln u. dergl.

beteiligen und damit gegen die Strafgesetze verstoßen, sollen wissen, daß

### Kriegsverrat und Landesverrat,

wenn nicht milde Umstände zugebilligt werden, mit Zuchthaus, unter Umständen mit dem Tode bestraft werden.

Jeder, der in den Besitz von Agitationsmitteln obiger oder ähnlicher Art kommt, ist bei Strafe verpflichtet, sie sofort bei der zuständigen Polizeibehörde abzuliefern.

Auf allen Fronten tödt der Kampf, überall hält das tapfere, heldische Schwert unserer Kämpfer den Gegner von unsern Grenzen fern. In uns ist es, des inneren Feindes Herr zu werden und uns würdig zu zeigen des deutschen Geistes an der Front.

Magdeburg, den 31. August 1917.

Der stellv. Kommandierende General IV. N.-R.

Frhr. v. Lyncker.

## Brennholz

Stiefenbüchel-Brennholz, Zentral 1.50, verkauft ab Lager  
**Fricke, Rogauer Straße 6.**

### Geschäfts-Eröffnung.

Allen unsere besten Wünsche und Belohnung für die angenehme Tätigkeit, die wir von Sonntag den 1. September des

### Restaurant Wölkstraße 26

früher Ländchen, wieder eröffnet haben. Jeden Tag ein gutes Mittagessen, billig, schnell, elegant.

**Fritz Messing und Frau.**

## Prima Einlege-Gurken

Im Sommer des 1. September habe ich einen ganz neuen

**Heinr. Eckstein, Konservenfabrik**  
1705 Magdeburg-Strand, Schulstraße 7.

## Konsumverein für Magdeburg u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Zusatz vom 13. September, abends 8 Uhr, im Saal der alten „Sperma“, Burgstraße 1

## Öffentl. Generalversammlung

Tagungsordnung:

1. Geschäftsbericht für das 1. Halbjahr 1917.
2. Wahl von acht Aufsichtsratsmitgliedern.
3. Erwerb und Veräußerung von Grundbesitz.
4. Hauszahlungen in der Zentrale Rogauer Straße 31/32.

Der Antrag zur Gewerbesteuerumlage ist nur gegen Freigabe des Vermögens gültig.

Der Ausschuss der Zentralverwaltung für Magdeburg und Umgegend. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Carl Richter, Vorsitzender.

Achtung! Kropfenstedt. Achtung! Der Sonntag den 2. September 1917, nachmittags 1 Uhr, im Saal der alten „Sperma“, Burgstraße 1

## Öffentliche Berg- und Fabrikarbeiter-Versammlung

Die Versammlung: 1. Nach Besprechung der Tagesordnung

über die Berg- und Fabrikarbeiter; 2. Besprechung der Tagesordnung

über die Berg- und Fabrikarbeiter; 3. Besprechung der Tagesordnung

## Zöpfe

zu befeuchten  
N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Haar

besonders wertig  
zu befeuchten  
N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Kürbisse

zu befeuchten  
N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Fr. Vogeler,

Neuer Weg.

## H. Vaternacht

Uhren  
N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Kleine Möbelfabriren

zu befeuchten  
N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Mittwe Emma Wille

geb. Böhmmer.

## Sandtagung.

Allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Hausbewohnern  
N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Verband der Bureauangestellten

Erstgründe Magdeburg

## Otto Liefeld

am 22. August ein Opfer dieses Weltkrieges.

## Herrenkleider-Geschäfts

Magdeburg  
Alte Ulrichstraße

## Aug. Förster

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## F. W. Wolff

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Vogel & Co.

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Friedrich Grosse

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Konsumverein für Magdeburg u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

## Bruderkofers

am 1. September an wird in unserer Zentrale

## geschnittenes Brennholz

zum Verkauf. An jede Haushaltung werden gemäß

## Otto Liefeld

am 22. August ein Opfer dieses Weltkrieges.

## Praktischer Wegweiser

empfehlenswerter Geschäfte

## Conifer & Co.

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Th. Nabert

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## F. Demmel

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Nestor Fabisch

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Ludwig Friede

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Kaufhaus

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Gust. Dobrin

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Wohnstadt

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118

## Wohnstadt

N. 13 211 an  
Jagd u. Co. G.m.  
Jägerstr. 118  
Tel. 118







